

Diskussionspapier
„Leitbild Bürgerkommune“

Beschluss des Vorstandes der Bundes-SGK
vom 13. Juni 2002

I.

Der traditionelle Versorgungsstaat ist an der Grenze seines Leistungsvermögens, er schafft zunehmend Abhängigkeiten und Unfreiheit und verliert das Vertrauen der Menschen. Bürgerinnen und Bürger wollen selbst aktiv werden. Deshalb muss die Politik in den Kommunen radikal umgesteuert werden.

In den zurückliegenden Jahrzehnten sind durch Gesetzgebungen von Bund und Ländern, aber auch durch kommunalpolitische Entscheidungen die Leistungen der Kommunen ständig angewachsen und mit ihnen die Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger an Staat und Kommune. Standards, Rechts- und Verwaltungsnormen, Tarif- und Arbeitsrecht haben viele Leistungen unflexibel und ineffektiv gemacht.

Die Politik hat sich über lange Zeit für allmächtig dargestellt und für allzuständig erklärt. Die Bürger haben daraus ständig ansteigende Forderungen und Ansprüche abgeleitet. Inzwischen ist die Leistungskraft des Staates erschöpft, die Leistungen und die sie erbringenden Apparate sind nicht mehr bezahlbar.

Die Versorgung lähmt heute die Initiative zu Selbsthilfe und Eigenverantwortung und fördert Abhängigkeit.

Im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung wurde die Ordnungskommune zur Dienstleistungskommune weiterentwickelt; mit ihrer Definition der Bürgerinnen und Bürger als Kunden sind jedoch die Ansprüche von Bürgerinnen und Bürgern auf Teilhabe noch nicht eingelöst.

Das Interesse vieler Bürgerinnen und Bürger an der repräsentativen lokalen Demokratie geht stetig zurück, deren Entscheidungen und Handlungen stoßen auf immer geringere Akzeptanz. Dies zeigt sich nicht zuletzt in geringen Wahlbeteiligungen. Die Vandalisierung öffentlicher Räume und Einrichtungen weist zudem auf einen Mangel an Identifikation und Verantwortung vieler Bürgerinnen und Bürger mit öffentlichen Angelegenheiten hin.

Gleichzeitig steigt bei vielen Menschen der Wunsch nach Freiheit und Verantwortung und das Interesse an direkter Mitentscheidung und Mitgestaltung im unmittelbaren Lebensumfeld.

Globalisierung und Internationalisierung und ein Überhandnehmen des Virtuellen verstärken die Bedeutung der realen lokalen und personalen Bezüge, geben der Kommunikation und Interaktion eine neue Bedeutung. Anders ausgedrückt: wem der Wind der Globalisierung ins Gesicht bläst, der braucht festen Stand.

Die Menschen wollen in ihren unmittelbaren Lebensbezügen aktiv werden. Damit werden Bürgerinnen und Bürger aktive Partner in der Gestaltung des lokalen Zusammenlebens.

Aus dem umsorgenden und versorgenden Staat wird der gewährleistende und aktivierende Staat.

Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge werden deshalb in ihrer Struktur und in ihrem Umfang regelmäßig auf ihre Notwendigkeit und ihre Effektivität überprüft.

Selbst- und Nachbarschaftshilfe geht vor öffentliche Versorgung.

II.

Das Ziel einer grundlegenden Reform des kommunalen Zusammenlebens ist die Bürgerkommune. In ihr wirken Bürgerinnen und Bürger aktiv an der Ausgestaltung des Zusammenlebens mit und schaffen dadurch und durch eine offene Kommunikation und durch gegenseitige Hilfe eine neue Qualität von Freiheit und Verantwortung in der Kommune.

Die Bürgerkommune ist kein abgeschlossenes Modell sondern ein Leitbild, um die lokale Demokratie in einem permanenten Reformprozess weiterzuentwickeln.

„Die Bürgerkommune fühlt sich dem Ausbau partizipativer Demokratie und der aktiven Pflege der örtlichen Gemeinschaft verpflichtet mit dem Ziel, den sozialen Zusammenhalt zu bewahren. Sie fördert die bürgerschaftliche Selbstorganisation, um Gemeinsinn zu wecken.“
Gerhard Banner

„In einer Bürgerkommune wirken Menschen, private und öffentliche Institutionen, darunter die Kommune, bezogen auf ein kommunales oder regionales Territorium freiwillig, zur Förderung des Gemeinwohls gleichberechtigt, kooperativ und sich ergänzend (Koplanung und Koproduktion) zusammen. Niemand ist ausgeschlossen.“ Harald Plamper

Das bedeutet:

Bürgerinnen und Bürger (Cives oder Citoyen, nicht Bourgeois) tragen im Rahmen ihrer jeweiligen Möglichkeiten und Fähigkeiten aktiv dazu bei, das Zusammenleben in der Kommune (der Nachbarschaft, dem Quartier, dem Stadtteil) auszugestalten.

Bürgerinnen und Bürger, Initiativen und Gruppen, Vereinigungen, Vereine, Unternehmen und Körperschaften wirken gleichberechtigt und kooperativ in der Kommune zusammen. Durch ihre Aktivitäten entstehen Netze der Zusammenarbeit und der gegenseitigen Unterstützung.

Wenn sich viele Menschen in den örtlichen Gemeinschaften aktiv beteiligen, entsteht über diese Kommunikation und Interaktion eine neue Verantwortlichkeit der Bürgerinnen und Bürger für ihre Nachbarschaft und für ihre Kommune. Und es entwickelt sich ein das Zusammenleben prägendes Wertesystem, das den staatlichen Ordnungsrahmen ausfüllt und ergänzt. Dazu gehören Toleranz und Rücksichtnahme, Solidarität und gemeinsame Verantwortung, Leistungsbereitschaft und gegenseitige Hilfe. Die Menschen werden sich dann in ihrer Kommune wohl und sicher fühlen.

Selbstorganisation, Selbst- und Nachbarschaftshilfe wird von der kommunalen Politik und von der Verwaltung unterstützt und gestärkt. Für ihre Entwicklung werden Räume geöffnet und Ressourcen zur Verfügung gestellt.

Die Politik wird zunehmend zum Partner, Förderer und Moderator des bürgerschaftlichen Engagements und dabei gewährleistet sie die Kontinuität des kommunalen Handelns, die Verantwortung für die kommunale Daseinsvorsorge und die Stetigkeit des Veränderungsprozesses.

III.

Das Leitbild Bürgerkommune verlangt von Politik und Verwaltung einen radikalen Paradigmenwechsel, es erwartet von den Bürgerinnen und Bürgern Fähigkeiten und Bereitschaft zum Engagement, ein neues Verhältnis zu persönlicher Freiheit und Verantwortung für die Gemeinschaft und es verlangt von Politik, Verwaltung, Vereinen, Verbänden und Unternehmen eine neue Kultur der Anerkennung und Förderung bürgerschaftlichen Engagements.

Die Politik begreift die Bürgerinnen und Bürger als Partner im politischen Prozess und nicht nur als Adressaten fertiger Konzepte und Botschaften. Sie öffnet ihre Gremien und gestaltet ihre Arbeit transparent, Neues ist und Neue sind willkommen.

Die Verwaltung öffnet ihre Einrichtungen, Maßnahmen und Leistungen für die Aktivitäten von Bürgerinnen und Bürgern, diese werden von passiven Konsumenten zu Partnern und (Mit-)Produzenten.

Politik und Verwaltung entwickeln und praktizieren neue Beteiligungsformen (wie z.B.: Planungszellen und Zukunftswerkstätten, Charette- und Mediationsverfahren) und nutzen zur Beteiligung und Mitwirkung interaktive Funktionen des Internets.

Politik und Verwaltung schaffen Anreize für bürgerschaftliches Engagement, sie wirken bei der Vernetzung der Aktivitäten mit und beraten und qualifizieren die Bürgerinnen und Bürger.

Schule wird ein wichtiger Bestandteil der Bürgerkommune werden. Hier können gemeinschaftlicher Zusammenhalt und bürgerschaftliches Engagement vermittelt und praktiziert werden. Die Schule wird sich zum selbständigen Kooperationspartner in der Kommune entwickeln. Sie wird kommunales Interaktionszentrum der Bildung und Kultur und Impulsgeber kommunaler Initiativen für die Bildung. (Kommunalpolitische Leitsätze der SPD).

Politik und Verwaltung überprüfen ständig sämtliche Leistungen, Normen und Vorgaben daraufhin, ob sie bürgerschaftliches Engagement fördern oder hemmen („Engagement-Verträglichkeits-Prüfung“), ob sie Abhängigkeiten schaffen oder selbstbestimmtes Handeln ermöglichen.

Politik und Verwaltung müssen lernen loszulassen.

Die Selbstorganisation der Bürgerinnen und Bürger wird offen und transparent sein, sie muss neue Motivationsstrukturen und neue Formen des Engagements berücksichtigen und aufnehmen, und sie wird Abschottungs- und Verkrustungstendenzen verhindern müssen. Eventuell entstehende Folgekosten für die öffentliche Hand müssen demokratisch durch die Gemeinderäte legitimiert sein.

Durch das Zusammenwirken der Bürgerinnen und Bürger entsteht eine neue Qualität von sozialer Kommunikation und Interaktion, die zu neuer Verantwortlichkeit für das gemeinschaftliche Zusammenleben und damit auch zu einer neuen Qualität innerer Sicherheit führt.

Bürgerschaftliches Engagement trägt zur Qualität des Zusammenlebens und zur Qualifizierung und zur Persönlichkeitsentwicklung bei. Deshalb verdient es ehrliche Anerkennung und Förderung im Berufsleben und im gesellschaftlichen Leben.

Moderne Unternehmen zeichnen sich dadurch aus, dass sie auch in der Globalisierung die Verankerung im Lokalen nicht verlieren. Gemeinwohlorientierung und die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement im kommunalen Zusammenleben wird Bestandteil einer neuen Unternehmenskultur werden.

IV.

Die Entwicklung zur Bürgerkommune stellt an alle Beteiligten neue und große Anforderungen. Sie führt zu einer neuen Qualität der Demokratie, die das aktive Mitmachen verlangt und honoriert. Bürgerkommune muss vor ihrem Missbrauch durch die Politik geschützt werden.

Nicht alle Menschen können und werden sich in der Bürgerkommune aktiv beteiligen. Man wird Wege finden müssen, auch die Schwächeren und Benachteiligten zu motivieren und zu qualifizieren, mitzutun und dadurch auch Eigeninitiative zu entwickeln. Erfahrungen im Quartiersmanagement könnten hier Wege aufzeigen. Letztlich wird man aber Ungleichheiten akzeptieren müssen.

Die hohe Kompetenz und die Engagementbereitschaft von sozialen Eliten wird besonders stark benötigt werden. Die Beteiligungsformen und das Profil der Aktivitäten wird sich an ihrer Motivationsstruktur („egoistischer Altruismus“) und der Verfügbarkeit ihrer Ressourcen (Zeitknappheit, temporäres, projektbezogenes Engagement) orientieren müssen.

Kontinuität des bürgerschaftlichen Engagements wird sich nicht dadurch erreichen lassen, dass man die Aktivitäten in hergekommene Organisationsformen zwingt. Die Zeitweiligkeit und Diskontinuität wird man durch professionelle Strukturen von Beratung und Management kompensieren müssen. Die Kommunalpolitik wird die Kontinuität sicherstellen und die Gesamtverantwortung für die Entwicklung des kommunalen Zusammenlebens tragen.

Bürgerschaftliches Engagement und Bürgerkommune sind keine Instrumente zur Sanierung öffentlicher Haushalte, indem man bezahlte Arbeit durch ehrenamtliche ersetzt. Es kann allenfalls zu einer Veränderung und zu einem Ablösungsprozess bei kommunalen Leistungen kommen, der von der Bürgerschaft ausgeht und von ihr gesteuert wird.

Bürgerschaftliches Engagement und Bürgerkommune sind kein dritter (oder vierter) Arbeitsmarkt („Tätigkeitsgesellschaft“, „Bürgerarbeit“), hier kann nicht Arbeitslosigkeit oder Langeweile kompensiert werden. Alle, insbesondere auch die Zeitarbeiter, Vielbeschäftigten müssen aktiv mitmachen.

Kern der Bürgerkommune ist das persönliche Mitwirken und die direkte Kommunikation und Interaktion, neben personalen Leistungen sind aber auch materielle Leistungen sinnvoll, - finanzielle z.B. in Form von Beiträgen an Bürgerstiftungen.

Um räumliche und/oder zeitliche Disparitäten, gerade beim Aufbau neuer Aktivitäten, zu überwinden, sind die Kommunikationsformen des Internets, insbesondere die interaktiven, zur Entwicklung und Beförderung der Bürgerkommune ein wichtiger Beitrag.